

## Literatur

### Einige Aspekte empirischer Untersuchungen in der Neuen Politischen Ökonomie\*

#### I.

Bei der Neuen Politischen Ökonomie handelt es sich nach B. S. *Frey* um ein Gebiet, das zwischen der Nationalökonomie und der Politikwissenschaft anzusiedeln ist<sup>1</sup>. Als eine Theorie der Politik bedient sie sich ökonomischer Modelle als Paradigmata. Sie versucht also, Teile der in ökonomischen Modellen als Datenkranz bezeichneten Größen, vor allem der Variablen des „politischen Subsystems“, aufzulösen und mit „ähnliche(n) Abstraktionen und Modelle(n) . . . , wie sie heute in der theoretischen Volkswirtschaftslehre üblich sind“<sup>2</sup>, zu analysieren. Die Neue Politische Ökonomie beabsichtigt damit, die Interdependenz zwischen Wirtschaft und Politik mit dem methodischen<sup>3</sup> Rüstzeug der Nationalökonomie aufzuschlüsseln. Sie beansprucht, die Transmissionsmechanismen zwischen wirtschaftlichem und politischem System aufzuzeigen. Daher kann es nicht verwundern, wenn sich auch erste Ansätze zur empirischen Analyse dieses Zusammenhangs mathematisch-statistischer Methoden bedienen, die in der Nationalökonomie im Bereich der Ökonometrie verwendet werden. *Frey* und *Garbers* haben diese Bemühungen mit der Bezeichnung „Politico-Econometrics“ versehen<sup>4</sup>. Hier soll dieser Terminus mit „Politökonometrie“ übersetzt werden. Die Problematik dieser Vorgehensweise sei anhand einiger neuerer Veröffentlichungen hierzu diskutiert. Es wird vor allen Dingen darauf zu achten sein, ob die theoretischen Vorstellungen, die hinter diesen Ansätzen stehen, expliziert werden oder ob es sich dabei um ein „Measurement without Theory“ handelt.

#### II.

*Frey* und *Garbers* haben in einem Aufsatz versucht, die Popularität einer Regierung als abhängige Variable der wirtschaftlichen Lage eines

---

\* Für Hinweise und die kritische Durchsicht des Manuskripts danke ich Herrn Prof. Holzheu.

<sup>1</sup> Vgl. Bruno S. *Frey*: Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie: Eine Übersicht. Z. f. d. ges. Staatsw., Bd. 126 (1970), S. 1.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Es sei darauf hingewiesen, daß Methode und Methodologie nicht gleichbedeutend sind. Vgl. in diesem Zusammenhang etwa Wolfgang *Fach*: Über einige Schwierigkeiten der Neuen Politischen Ökonomie: Das Beispiel der Koalitionstheorie. Z. f. d. ges. Staatsw., Bd. 129 (1973), S. 347.

Landes darzustellen<sup>5</sup>. Ausgangspunkt ist die landläufige These, daß sich bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation die Popularität der Regierung unter der wahlberechtigten Bevölkerung vergrößere, bei einer Verschlechterung dagegen die Popularität sinke und die der Opposition zunehme<sup>6</sup>.

Im ersten Teil ihrer Arbeit diskutieren die beiden Autoren eine Untersuchung von *Goodhart* und *Bhansali*, die mit Hilfe multipler Regressionsansätze und der Spektralanalyse diese These für Großbritannien testeten<sup>7</sup>. Dieser Abschnitt des Aufsatzes von *Frey* und *Garbers* ist zum Teil die Wiedergabe ihrer schon zitierten Abhandlung „Politico-Econometrics“.

*Goodhart* und *Bhansali* ziehen als Datenmaterial über die Popularität der Regierung monatliche Umfrageergebnisse von Gallup und des National Opinion Pool heran<sup>8</sup>. Diese Daten bilden in Form des prozentualen Vorsprungs der Popularität der Regierung vor der der Opposition die abhängigen Variablen. Als erklärende ökonomische Variable werden die Zahl der Arbeitslosen, mit unterschiedlichen time-lags vor dem Befragungsmonat, sowie der prozentuale Preisanstieg zum Vorjahr herangezogen<sup>9</sup>. *Goodhart* und *Bhansali* untersuchen sowohl die Popularität der Parteien wie auch die der Parteiführer. Die beiden Verfasser schätzen eine große Anzahl von multiplen Regressionsansätzen für eine Reihe von Perioden und Subperioden unter Berücksichtigung verschiedener Dummy-Variablen. Wichtig ist zu erwähnen: *Frey* und *Garbers* gehen nicht darauf ein, daß *Goodhart* und *Bhansali* ihre Tests jeweils einmal für die Gallup- und für die National Opinion Pool-Daten durchführen. Dies erwies sich als notwendig, da recht starke Diskrepanzen bei den Befragungsergebnissen zwischen den beiden Meinungsforschungsinstitutionen zu verzeichnen waren. Die Autoren konnten keine befriedigende Erklärung für diese Unterschiede finden<sup>10</sup>. Sie haben deshalb für ihre Schätzungen beide Datenquellen alternativ verwendet.

Hier zeigt sich ein grundlegendes Problem für die Durchführung empirischer Untersuchungen in der Neuen Politischen Ökonomie. Da Wahlen in der Regel in den meisten Ländern in Abständen von mehreren Jahren durchgeführt werden, liegen nur wenige Daten über die Gesamtheit der Wähler vor. Unter statistischen und wahrscheinlichkeitstheoretischen Aspekten ergeben sich daher eine Reihe von Problemen. Selbst wenn es längere Zeitreihen geben sollte, wie etwa für

<sup>4</sup> Vgl. Bruno S. *Frey*, Hermann *Garbers*: ‚Politico-Econometrics‘ — On Estimation in Political Economy. *Political Studies*, Vol. 19 (1971), S. 316 - 320.

<sup>5</sup> Bruno S. *Frey*, Hermann *Garbers*: Der Einfluß wirtschaftlicher Variabler auf die Popularität der Regierung — eine empirische Analyse. *Jb. f. Nationalök. u. Stat.*, Bd. 186 (1972), S. 281 - 295.

<sup>6</sup> Ebd., S. 281.

<sup>7</sup> Vgl. Charles A. E. *Goodhart*, R. J. *Bhansali*: Political Economy. *Political Studies*, Vol. 18 (1970), S. 43 - 106.

<sup>8</sup> Ebd., S. 47 ff.

<sup>9</sup> Ebd., S. 58 ff.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 57.

die Vereinigten Staaten oder Großbritannien, so erstrecken sie sich jedoch über Zeiträume, in denen sich die politischen (z. B. parteipolitischen) und wirtschaftlichen Strukturen so stark verändert haben<sup>11</sup>, daß etwa ein Regressionssatz auf Zeitreihenbasis als Test bestimmter politökonomischer Hypothesen sinnlos wird<sup>12</sup>. Eine empirische Neue Politische Ökonomie wird daher für solche Analysen, wie sie von *Goodhart* und *Bhansali* durchgeführt wurden, immer auf repräsentative Umfragen angewiesen sein. Da sich bei Befragungen häufig stark abweichende Ergebnisse zwischen den einzelnen Instituten ergeben, ist von hierher schon eine Relativierung der Schätzergebnisse notwendig. Dies gilt vor allen Dingen dann, wenn sich keine einleuchtenden Begründungen für die Unterschiede finden lassen<sup>13</sup>.

*Goodhart* kommt in dem von ihm erstellten regressionsanalytischen Teil<sup>14</sup> zu signifikanten Ergebnissen hinsichtlich der Abhängigkeit der Popularität der Regierung von den ökonomischen Makrodaten Arbeitslosenzahl und Inflationsrate. Diese empirische Untersuchung politökonomischer Hypothesen wird von *Frey* und *Garbers* lediglich mit einer Reihe methodischer Einwendungen kritisiert.

Die durch den Durbin-Watson-Koeffizienten ausgewiesene stark positive Autokorrelation der Restschwankungen in den Ergebnissen veranlaßte *Goodhart* dazu, eine verzögerte endogene Variable als erklärende Variable in seinen Regressionsansatz aufzunehmen. Der Durbin-Watson-Koeffizient erhöht sich in dem von *Frey* und *Garbers* angeführten Beispiel dadurch von 0,57 auf 2,26<sup>15</sup>. *Frey* und *Garbers* wenden gegen diese Vorgehensweise ein, daß bei Einbeziehung einer verzögerten endogenen Variablen als erklärender Variable der Durbin-Watson-Test verzerrt ist<sup>16</sup>. Für den Ansatz ohne Berücksichtigung einer endogenen Variablen sind bei vorhandener positiver Autokorrelation zwar die Regressionskoeffizienten unverzerrt, jedoch ihre Standardfehler unterschätzt worden, so daß nicht mehr davon ausgegangen werden kann, daß die geschätzten Parameter signifikant von Null verschieden sind. Bei negativer Autokorrelation dagegen können die Standardfehler überschätzt worden sein. Durch die Einbeziehung der verzögerten endogenen Variablen ist die positive Autokorrelation in eine negative umgeschlagen, so daß auch eine Überschätzung der Standardfehler erfolgt sein

<sup>11</sup> So wird es z. B. bestimmte Parteien über den gesamten Zeitraum nicht immer gegeben haben oder aber das Wahlrecht hat sich gänzlich verändert usw.

<sup>12</sup> Ein stark plebiszitäres System wie etwa die Schweiz dürfte für politökonomische Untersuchungen deshalb Vorteile bieten.

<sup>13</sup> *Frey* und *Garbers* deuten an, daß solche Unterschiede z. B. auf unterschiedliche Auswahlmethoden (Quoten- oder Zufallsauswahlverfahren) zurückgeführt werden könnten. Vgl. *Frey, Garbers*: 'Politico-Econometrics', S. 319.

<sup>14</sup> *Bhansali* führte die Spektralanalyse durch.

<sup>15</sup> *Frey* und *Garbers* scheinen zu übersehen, daß auch ein Wert des Durbin-Watson-Koeffizienten von 2,26, bei der gegebenen Zahl von Freiheitsgraden und unter Zugrundelegung der Obergrenze bei diesem Test, eine Autokorrelation anzeigt.

<sup>16</sup> Vgl. *Frey, Garbers*: *Der Einfluß*, S. 283.

kann. Durch die Einfügung der endogenen verzögerten Variablen sind jedoch nicht mehr allein die Standardfehler verzerrt, sondern es können auch die Regressionskoeffizienten selbst verzerrt sein<sup>17</sup>. Nun bedeutet das Vorhandensein von Autokorrelation nicht zwingend, daß kein Zusammenhang zwischen der Popularität der Regierung und den verwendeten ökonomischen Makrovariablen besteht. Die Autokorrelation kann auch durch Trendeinflüsse hervorgerufen worden sein und nicht allein durch Spezifikationsfehler, zumal wenn die Daten saisonal, aber nicht trendbereinigt sind. Dies müßte jedoch genauer untersucht werden. *Frey* und *Garbers* nehmen jedenfalls aufgrund der vorhandenen Autokorrelation an, daß die geschätzten Parameter nicht als signifikant zu betrachten sind. Bei ihrer Kritik der Arbeit von *Goodhart* und *Bhansali* hätten *Frey* und *Garbers* auch etwas deutlicher auf die Problematik der Verwendung der einstufigen Methode der kleinsten Quadrate bei autoregressiven Ansätzen hinweisen können. Diese Schätzmethode setzt ja voraus, daß die erklärenden Variablen und die Restgröße stochastisch voneinander unabhängig sind. Dies kann bei einem autoregressiven Ansatz, wie er hier vorliegt, keineswegs vorausgesetzt werden<sup>18</sup>.

Ein weiterer Einwand von *Frey* und *Garbers* gegen die Untersuchung von *Goodhart* und *Bhansali* bezieht sich darauf, daß die Ausgangshypothese sowohl mit Regressionsanalysen als auch mit Spektralanalysen getestet wird. Die Spektralanalyse geht von schwach stationären Prozessen aus, was bedeutet, daß die Parameter der ökonomischen Variablen im regressionsanalytischen Ansatz Nullen sein müßten. Nur ein Schätzmodell kann damit „richtig“ sein<sup>19</sup>. Daß mit dem Nachweis dieses methodischen Fehlers die Ausgangshypothese widerlegt sei, wie etwa *Roth* meint, ist problematisch<sup>20</sup>. Gerade die neuere Diskussion wirtschaftstheoretischer Thesen, z. B. in der Geldtheorie, zeigt, daß mit ökonometrischen Untersuchungen keine nomologisch formulierten theoretischen Aussagen widerlegt werden können.

*Koopmans* hat in einem anderen Zusammenhang den Vorwurf des „Measurement without Theory“ geprägt<sup>21</sup>. Die kritischen Bemerkungen von *Frey* und *Garbers* zu der Analyse von *Goodhart* und *Bhansali*

<sup>17</sup> Vgl. Heinz *Gollnik*: Einführung in die Ökonometrie. Stuttgart 1968. S. 153.

<sup>18</sup> Zum Problem der Schätzung der Parameter bei autoregressiven Modellen vgl. Peter *Schönfeld*: Methoden der Ökonometrie. 2. Bd. München 1971. S. 31 ff.

<sup>19</sup> Vgl. *Frey, Garbers*: Politico-Econometrics, S. 316. — *Dies.*: Der Einfluß, S. 283. Angemerkt sei noch, daß *Frey* und *Garbers* den spektralanalytischen Ansatz für den zutreffenderen halten, bei der Prüfung des Vorhandenseins von Reaktionsschwellen aber auch einen regressionsanalytischen Ansatz wählen, ihren Einwand der Unverträglichkeit von Spektral- und Regressionsanalyse hier aber nicht wieder aufnehmen. Sie verwerfen den Regressionsansatz lediglich wegen der zu hohen Autokorrelation. Vgl. *Frey, Garbers*: Der Einfluß, S. 292 f.

<sup>20</sup> Vgl. Dieter *Roth*: Ökonomische Variablen und Wahlverfahren. Eine empirische Untersuchung zur Validität von Einschätzungsverfahren. Pol. Vierteljahresschr., 14. Jg. (1973), S. 258.

<sup>21</sup> Tjalling C. *Koopmans*: Measurement without Theory. Rev. of Ec. Stat., Vol. 19 (1947), wiederabgedruckt in: *The American Economic Association* (Hrsg.): Readings in Business Cycles. London 1966. S. 186 - 203.

beziehen sich allein auf die „Measurement“-Aspekte. Notwendig wäre es jedoch ebenfalls gewesen, den theoretischen Hintergrund und die versteckten Annahmen zu explizieren, die bei politökonomischen Analysen der Art von *Goodhart* und *Bhansali*, aber auch in ihrer eigenen Untersuchung über den Zusammenhang der Popularität der Regierung und ökonomischen Makrovariablen und dem Vorhandensein von Reaktionsschwellen, vorliegen. Die folgenden Bemerkungen sollen deshalb eine Reihe von Problemen ansprechen, die neben methodischen Fragen in politökonomischen und, allgemeiner, empirischen Untersuchungen in der Neuen Politischen Ökonomie berücksichtigt werden müssen. Die Problematik kann jeweils nur aufgezeigt und diskutiert werden.

### III.

Die politökonomischen Analysen bei *Goodhart* und *Bhansali* wie auch bei *Frey* und *Garbers* implizieren eine Verhaltenstheorie der Wähler, die besagt, daß die politischen Verhaltensweisen der Wähler in einer parlamentarischen Parteiendemokratie ökonomisch gesteuert sind. Wenn die Möglichkeit besteht, die Ökonomie durch Eingriffe der politischen Instanzen zu beeinflussen, so können demnach auch diese Verhaltensweisen gesteuert werden. Durch die ausschließliche Hereinnahme ökonomischer Größen als erklärende Variable wird die Dominanz ökonomischer Faktoren für die politische Meinungsbildung betont, ohne daß dafür theoretische Begründungen gegeben werden. Das beinhaltet ein Handlungsmodell, das sich am ehesten mit dem in der Wirtschaftstheorie bekannten Begriff des homo oeconomicus zusammenfassen läßt. Der Mensch ist Nutzen-Leid-gesteuert. Die Neue Politische Ökonomie begibt sich hier auf das „schlüpfrige Feld einer deduktiv gewonnenen“<sup>22</sup> utilitaristischen Anthropologie. Die Problematik dieser Sichtweise, z. B. das Rationalitätsaxiom<sup>23</sup>, kann hier nicht diskutiert werden. Diese Sicht erlaubt es jedenfalls, einen Transmissionsmechanismus zwischen Wirtschaft und Politik in parlamentarischen Demokratien zu konstruieren: Die Verhaltensweisen der Menschen als Wirtschaftssubjekte bestimmen ihr Verhalten als politische Wesen, hier als Wähler.

Dies ist eine Aussage, die über die von *Schumpeter* und *Downs*, den wichtigsten Begründern der Neuen Politischen Ökonomie, hinausgeht<sup>24</sup>, die das politische Geschehen *analog* zum wirtschaftlichen konstruierten (mit Parteien als Oligopolen, Wählermärkten etc.). Bei ihnen stand die formale Strukturgleichheit (Isomorphie) bei der Analyse des politischen Systems im Vordergrund. Die ökonomische Komponente wurde von ihnen nicht in dieser Weise betont. Bei diesen empirischen Ansätzen

<sup>22</sup> Klaus von Beyme: Die politischen Theorien der Gegenwart. München 1972. S. 143.

<sup>23</sup> Vgl. dazu etwa Dieter Aldrup: Das Rationalitätsproblem in der politischen Ökonomie. Tübingen 1971.

<sup>24</sup> Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 2. Aufl. Bern 1950. — Anthony Downs: An Economic Theory of Democracy. New York 1957.

wird also offenbar nicht von einer strikten Trennung der politischen und ökonomischen Subsysteme ausgegangen und auch nicht von „gleichberechtigten“ Interdependenzbeziehungen dieser gesellschaftlichen Teilbereiche zueinander, sondern von der Dominanz ökonomischer Faktoren<sup>25</sup>. Diese These kollidiert mit den Auffassungen einer Reihe von Theoretikern in den Wirtschaftswissenschaften.

Als Indikatoren für den Zustand der Wirtschaft werden die Zahl der Arbeitslosen und die Inflationsrate herangezogen. Das deutet darauf hin, daß das Realeinkommen als die wichtigste strategische politökonomische Größe angesehen wird. Nun taucht die Frage auf, warum dann in den Ansätzen nicht das Realeinkommen selbst als erklärende Variable verwendet wird. Die Daten des Realeinkommens werden in einer Vielzahl von Fällen für längere Zeiträume zur Verfügung stehen, zumindest als vierteljährliche Werte. Erhebungstechnische Gründe werden daher kaum für die Nichtberücksichtigung des Realeinkommens verantwortlich sein. Es dürfte im wesentlichen zwei Begründungen dafür geben, daß statt des ‚Skalars‘ Realeinkommen ein Erklärungsvektor mit den beiden Elementen Inflationsrate und Arbeitslosenzahl herangezogen wird.

Einmal führt die Verdichtung verschiedener Informationen zu einem Skalar in der Regel zu einem Informationsverlust. Von den Autoren kann auch beabsichtigt sein, diese beiden erklärenden Variablen als eine Art von Hilfsvariablen zu verwenden, die stellvertretend für einige weitere ökonomische Größen stehen, die aber nicht einbezogen werden, da sie mit der Inflationsrate oder der Arbeitslosenzahl hinreichend stark korreliert sind<sup>26</sup>. Weiterhin kann intendiert sein, daß neben quantitativen Momenten auch qualitative Aspekte berücksichtigt werden, die „Furchtintensitäten“ im Hinblick auf Inflation und Arbeitslosigkeit zum Ausdruck bringen sollen und die bei alleiniger Verwendung des Realeinkommens kaum einfließen.

Der zweite Grund für die Verwendung gerade der Variablen Inflationsrate und Arbeitslosenzahl liegt darin, daß die Nationalökonomie einen theoretischen Zusammenhang zwischen diesen Größen formuliert, der eine Möglichkeit der Instrumentalisierung dieser ökonomischen Größen zur Beeinflussung der Wähler durch die Regierung und Parteien, also eine Einbeziehung in das Wahlkalkül der um die Regierung konkurrierenden Parteien, bietet. Dieser Zusammenhang ist als Phillips-

---

<sup>25</sup> *Frey* und *Garbers* gehen in ihrer Kritik an *Goodhart* und *Bhansali* auf den Aspekt der Interdependenz zwischen Handlungen der Regierung und ihre Wirkung auf die Ökonomie und Popularitätsveränderungen kurz ein. Sie führen den geringen Wert des Durbin-Watson-Koeffizienten in den Ansätzen ohne Einbeziehung einer endogenen Variablen darauf zurück. Die theoretische Bedeutung eines solchen Zusammenhangs (auch die Notwendigkeit der Verwendung einer anderen Schätzmethode bei simultanen Beziehungen) wird von ihnen jedoch in keiner Weise diskutiert.

<sup>26</sup> Das Problem der Multikollinearität wäre bei einer Einbeziehung zu berücksichtigen.

kurve bekannt<sup>27</sup>. Sie stellt eine Trade-Off-Beziehung zwischen Inflationsrate und Arbeitslosigkeit dar. Dieser theoretische Hintergrund ist für die genannten politökonomischen Untersuchungen konstituierend. Nur wenn Arbeitslosigkeit und Inflation in dem durch die Phillipskurve behaupteten Zusammenhang stehen<sup>28</sup>, können die Konkurrenten um die parlamentarische Mehrheit Arbeitslosenzahl und Inflationsrate als Aktionsparameter in ihren Popularitätsstrategien verwenden<sup>29</sup>. Ist dieser Zusammenhang in der Realität nicht gegeben und wissen dies die Wähler, dann wird der Ansatz unter dem Aspekt der Beeinflussung der Popularität bzw. des Wahlergebnisses durch eine Trade-Off-Strategie irrelevant. Besteht sogar eine stagflationäre Beziehung<sup>30</sup>, d. h. ist Inflation verbunden mit Arbeitslosigkeit, dann droht der Regierung in jedem Falle ein Popularitätsverlust bzw. eine Wahniederlage. In der Untersuchung von *Frey* und *Garbers* gilt dies, wenn die beiden Schwellenwerte für die Inflationsrate und die Arbeitslosenzahl gleichzeitig überschritten werden<sup>31</sup>. Hinzugefügt sei hier noch, daß nach den institutionellen Regelungen in einigen Ländern die „Bestimmung“ der Inflationsrate nicht allein der Wirtschaftspolitik der Regierung überlassen ist, sondern auch, und teilweise sogar schwerpunktmäßig, den Zentralbanken. Für diese Länder, und das gilt auch für die BRD, ist die (implizite) Voraussetzung zentralistischer Politik schon von vornherein problematisch. Hier müßte zumindest die zusätzliche Annahme gemacht werden, daß, selbst wenn die Zentralbank „schuld“ an einer von den Wählern nicht gewünschten inflationären Entwicklung ist, dies der Regierung zugerechnet wird.

Unklar ist die staatstheoretische Auffassung, d. h. die Auffassung von den Aufgaben des Staates und wie und von wem diese Aufgaben definiert werden, die hinter diesen empirischen Untersuchungen stehen. Es scheint angenommen zu werden, daß auf dem Wählermarkt, auf dem sich die Regierung bzw. die Parteien auf der einen Seite und die Wähler auf der anderen Seite treffen, eine Art „contrat social“ über die Höhe der Inflationsrate und der Arbeitslosigkeit ausgehandelt wird. Diejenige Partei erhält den Zuschlag, d. h. genießt die größte Popularität und wird daher in die Regierung kommen, deren Angebot am ehesten mit den Präferenzordnungen der ökonomischen Bedürfnisse der Mehrheit

---

<sup>27</sup> Vgl. Almarin W. *Phillips*: The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1862 - 1957. *Economica*, Vol. 25 (1958), S. 283 - 299.

<sup>28</sup> Eine empirische Untersuchung der Phillipskurve für die BRD und ihre Problematik findet sich bei Walther G. *Hoffmann*: Die „Phillips-Kurve“ in Deutschland. *Kyklos*, Bd. 22 (1969), S. 219 - 231.

<sup>29</sup> Es versteht sich von selbst, daß als weitere Voraussetzung die Möglichkeit der Beeinflussung von Inflationsraten und Arbeitslosenzahlen durch die politischen Instanzen gegeben sein muß bzw. daß dies die Wähler zumindest annehmen.

<sup>30</sup> Evtl. unter Berücksichtigung von time-lags zwischen den beiden erklärenden Variablen.

<sup>31</sup> Vgl. *Roth*: S. 258 f.

der Wähler kongruent ist<sup>32</sup>. Es ist die Frage zu stellen, ob der Rekurs auf die Bedürfniskategorie als Grundlage einer Wählerentscheidungstheorie ausreicht. Die Bedürfnisse und ihre Präferenzordnungen werden dabei wieder in den Datenkranz verwiesen und als Erkenntnisobjekt anderen Wissenschaftsbereichen zugeschoben. Notwendig wäre es vielmehr, die Bedürfnisse oder, konkret, bestimmte präferierte Kombinationen von Arbeitslosenzahl und Inflationsrate und ihre gesellschaftliche und historische Entstehung und Bedingtheit zu erklären. So aber erhält dieser Ansatz einen stark psychologisierenden und subjektivistischen Bias, der allerdings auch in anderen Bereichen der ökonomischen Theorie anzutreffen ist.

Eine weitere Bedingung für die Realitätsnähe dieser politökonomischen Ansätze ist, wie schon angedeutet wurde, daß die Wähler davon ausgehen, daß die Regierung an einer unerwünschten Kombination von Inflationsrate und Arbeitslosenzahl „schuld“ ist. Die Wähler müssen also eine Kausalität unterstellen zwischen den Handlungen der Regierung und der wirtschaftlichen Lage, indiziert durch die beiden Variablen<sup>33</sup>. Nun kann hieraus aber nicht, wie es zunächst scheinen mag, abgeleitet werden, daß die Politökonomiker von dem Modell eines *Keynesschen* Interventionsstaates ausgehen. Die Beurteilung der Regierung durch die Wähler anhand der beiden ökonomischen Indikatoren ist auch mit einer liberalistischen Staatsauffassung, etwa *Friedman*-scher Provenienz, vereinbar. Auch bei dieser Staatsauffassung wird die Regierung („der Staat“) für die wirtschaftliche Lage verantwortlich gemacht. Allerdings nur für eine wirtschaftlich negative Situation mit der Zielrichtung: „Der Staat ist an allem schuld“, weil er sich zu stark in das „freie Spiel der Kräfte“ eingemischt hat. Ohne die vielfältigen wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffe des Staates wäre nach dieser Meinung eine „optimale“ Kombination von Inflationsrate und Arbeitslosenzahl hergestellt worden bzw. würde sich dieses Dilemma erst gar nicht ergeben<sup>34</sup>. Die staatsrechtliche Grundlage dieser empirischen politökonomischen Ansätze wird also nicht expliziert und kann auch nicht eindeutig aus ihnen herausgelesen werden.

*Frey* und *Garbers* kritisieren *Goodhart* und *Bhansali* von deren instrumentellem Vorgehen her und lehnen daher die gefundenen signifikanten Zusammenhänge ihres gemischten Survey-Makro-Ansatzes ab. Es ist jedoch weiter zu fragen, ob die Verwendung von Makrovariablen und eines für die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung stehenden Be-

---

<sup>32</sup> Zu den Aspekten unvollkommener Information bei diesem bargaining process vgl. *Downs*: S. 77 ff. Zu berücksichtigen für den Wahlausgang sind auch die Spielregeln, sprich das Wahlrecht, die in dem untersuchten Land herrschen. So könnte ein Verhältniswahlrecht mit mehr als zwei Parteien, die im Parlament vertreten sind, zu verschiedenen, nicht auf Stimmenmaximierung ausgerichteten Modifikationen der Wahlstrategien der Parteien führen.

<sup>33</sup> Diese Kausalität braucht, um die Entscheidungen der Wähler zu beeinflussen, nicht objektiv gegeben zu sein.

<sup>34</sup> Vgl. *Milton Friedman*: *Capitalism and Freedom*. Chicago 1962.



fragungsergebnisse über die Popularität der Regierung der Ausgangsfragestellung angemessen ist. Selbst wenn wir annehmen, daß die Auswahl der Befragten unter allen denkbaren Kriterien repräsentativ für die Gesamtwählerschaft war, ist es in der Arbeit von *Frey* und *Garbers* problematisch, aus den Ergebnissen etwa gleiche Reaktionsschwellen für alle Teile und Gruppen der Bevölkerung abzuleiten, für Selbständige und Unselbständige und bei letzteren wieder für Arbeiter und Beamte. Für unkündbare Beamte oder für Rentner werden die Ansichten zur Arbeitslosigkeit andere sein als für Arbeiter und Angestellte; das Inflationsproblem wiederum wird von Selbständigen anders betrachtet werden als von Unselbständigen. Schichtenspezifische Unterschiede im Hinblick auf die Höhe der Reaktionsschwellen werden durch das „aggregierte“ Modell nicht ausgewiesen. Vielmehr könnten die durch einen multiplen Regressionsansatz geschätzten Parameter<sup>35</sup> das Ergebnis sich zum Teil kompensierender Einflüsse verschiedener Bevölkerungsgruppen sein. Eine Regierung oder Partei, die solche Ergebnisse als Grundlage einer Wahlkampfstrategie heranzöge, ohne etwa schichtenspezifische Reaktionsschwellen unter Berücksichtigung der relativen Stärke der einzelnen Bevölkerungsschichten und ihrer wahrscheinlichen Wahlbeteiligung heranzuziehen, könnte dann eine Wahlniederlage oder Popularitätsverluste erleiden.

Letzteres ist also nicht nur zu erwarten, wenn gleichzeitig beide erklärenden Variablen bei stagflationärem Zusammenhang die Reaktionsschwelle überschreiten<sup>36</sup>. Im Sinne einer empirisch gehaltvollen Neuen Politischen Ökonomie, die für die Regierung und die Parteien für ihre Wahlkampfstrategien verwertbare Informationen liefern soll, wie dies bei *Frey* und *Garbers* anklingt, könnte ein Globalansatz also zu „falschen“ Handlungsanweisungen führen. Damit ist ein weiterer Gesichtspunkt angesprochen.

Die Entwicklung der Ökonometrie ist auch unter dem Aspekt zu betrachten, daß hier versucht wird, zu empirisch gehaltvollen Aussagen über die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte zu gelangen, um diese Informationen ‚technologisch‘ zu verwerten, d. h. um den Wirtschaftspolitikern eine bessere (z. B. für prognostische Zwecke) Grundlage für ihre Maßnahmen zu schaffen. Inwieweit dies möglich und bisher gelungen ist, sei hier nicht diskutiert. Analog zur Ökonometrie steht (ob von den Theoretikern bewußt oder unbewußt verfolgt) hinter dem Vorgehen der Neuen Politischen Ökonomie, einen empirischen, politökonomisch getesteten „behavioral approach“ zu etablieren, die Perspektive einer „Keynesschen Politikwissenschaft“. Dies ist im Rahmen von Versuchen zur Entwicklung einer umfassenden Sozialtechnologie zu sehen<sup>37</sup>.

---

<sup>35</sup> Vgl. *Frey, Garbers*: Der Einfluß, S. 293.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 294.

<sup>37</sup> Vgl. *Amitai Etzioni*: Toward a Keynesian Theory of Social Process. In: *Ders.*: Readings on Modern Organizations. Englewood Cliffs 1969. S. 190 - 197.

## IV.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß bei der Durchführung und Beurteilung politökonomischer Untersuchungen nicht allein methodisch instrumentelle Gesichtspunkte zu beachten sind. Vielmehr sind die theoretischen Vorstellungen, die hinter diesen Ansätzen stehen, klarzustellen. So sind vor allem auch die staatstheoretischen Auffassungen, die Grundlage solcher Modellbildungen sind, zu explizieren. Anderenfalls könnte der Vorwurf eines „Measurement without Theory“ nur allzu berechtigt erhoben werden. *Davis*, ein maßgeblicher Vertreter der Neuen Politischen Ökonomie, warnt eine mit mathematischem und empirischem Instrumentarium arbeitende politische Wissenschaft mit folgenden Worten: “Those who are unskilled in the logical and mathematical methods of theorizing often think that these tools are sufficient to give one the capability of making substantial contributions. Nothing could be further from the truth. The most difficult part of this kind of theorizing is developing the necessary insights, and they come only from the attainment of a proper and sharp formulation of the particular problem under consideration. The act of model building is an art. Just mathematics or just empiricism, or their combination, is not sufficient for the job<sup>38</sup>.”

Harald Mattfeldt, Berlin

---

<sup>38</sup> Otto A. *Davis*: Notes on Strategy and Methodology for a Scientific Political Science. In: Joseph L. *Bernd* (Hrsg.): *Mathematical Applications in Political Science IV*. Charlottesville 1969. S. 38.